

Reichskonferenz der Sozialdemokraten  
Chobotzky in Wien

— **Gunn** freundlich erörtert die Macht, die der Staat über das Wirtschaftsleben durch das Getreidemonopol und verwandte Einrichtungen gewonnen hat; mehr als je bedürfe die Arbeiterklasse des politischen Einflusses, von dem heute selbst die Versorgung mit Mehl und Kartoffeln abhängt. — **Dr. Viktor Adler** erwartet einen hartnäckigen Kampf des Bundes der Agrarier und Schwerindustriellen um ihre Ziele. Wenn die Agrarier das Getreidemonopol verlängern wollen, um in dieser Form dem Volke hohe Brotpreise zu diktieren, werden sie sich verrechnen. Nach dem Kriege wird es kaum eine Regierung geben können, die sich ihrem Diktat wie bisher unterwirft. Dannebergs Einwendungen rennen offene Türen ein. Sobald die Frage „Mittleuropa“ auftaucht, herrsche bei uns volle Klarheit: Ohne Feindseligkeit gegen alle anderen — nicht hochschützlerisch — mit Deutschland, aber nicht ohne den Balkan. — **Sekretär Wilhelm** legt auf die Zollfrage weniger Gewicht als auf die Preismanöver der Kartelle und auf Maßregeln zum Schutze der Verbraucher. — **Musterlig** ist in Bezug auf die Wiederherstellung freundschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen den Kriegsfeinden nicht so optimistisch wie Ulenbogen. Danneberg habe sich bei der Anfechtung „Mittleuropas“ selbst widersprochen, indem er zugleich beweisen wollte, daß es Deutschlands Volkswirtschaft schädigen müsse und daß es einem imperialistischen Ausbeutungsdrang Deutschlands entspringe, weiter, indem er in der Abtragung einer Zolllinie eine Verschärfung des Hochschutzes wittere. Ein Wirtschaftsgebiet von 120 Millionen Menschen erschließe neue Tätigkeiten und Tüchtigkeiten, es schafft auch neue und bedeutsame soziale Möglichkeiten für die Arbeiterklasse.

**Selig** verwahrt sich gegen das, was Neumann aus der „Schützengrabengemeinschaft“ ableitet, begrüßt jedoch die wirtschaftliche Annäherung und erwartet, daß die Resolution den Vertrauensmännern für die künftigen Kämpfe wertvolle Richtlinien weise. — **Seitz** sieht Österreichs künftige wirtschaftliche Aufgabe darin, Rohstoffe und Lebensmittel möglichst billig einzuführen und Fabrikate so reichlich auszuführen, daß unsere Handels- und Zahlungsbilanz wieder aktiv werde. Für diese Aufgabe würde der schützlerische Abschluß des englischen, französischen und russischen Imperiums tatsächlich eine Gefahr, aus der der Zwang erwüchse, selbst ein größeres Wirtschaftsgebiet anzustreben. Die Zweistaatlichkeit Ungarn und Österreich hat sich für die Volksernährung im Kriege als Gefahr erwiesen, sie fordert auch in Zukunft ein sehr ernstes Wort in Bezug auf die Behandlung der Wehrpflichtigen und vor allem auf die künftige Quote und die Wiederherstellung der vom Kriege heimgesuchten Gebiete. Was wir brauchen, ist einerseits die Befruchtung unseres Landes durch deutsches Kapital und andererseits die Verbindung mit den Balkanmärkten, wir können also nicht gegen die mitteleuropäische Idee sein; ob und wie weit das für, darüber entscheidet die Art, wie sie verwirklicht werden soll. — **Zentner** kann sich, obwohl er an Mittleuropa hänge, doch nicht zu verfrühtem Optimismus hinreißen lassen, die Struktur der Donaumonarchie schaffe viele Schwierigkeiten. Danneberg gehe von einem falschen Begriff des Imperialismus wie andere Redner von irrig aufgefaßten Tatsachen aus. Nicht Deutschland, sondern Indien sei heute Englands bester Kunde, der Imperialismus sei in England machtvolle Tatsache, in Deutschland Theorie oder höchstens Zukunftshoffnung — ein sehr beachtlicher Unterschied. Die englische Reichsidee sei außerdem nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch aufzufassen und auch darin mit Deutschland nicht zu vergleichen. Das Raumannsche Mittleuropa ist kein Imperialismus, kein Popanz, sondern ein sehr hausbackenes Ding. Daß deutsches Kapital befruchtend bei uns einbringt, ist zu wünschen und nicht als Imperialismus zu befürchten. — **Dr. Danneberg** erklärt, auch Deutschlands Politik sei imperialistisch (Wagdabahn).

— **Zentner** berichtigt Dannebergs Ausführungen dahin, Deutschlands Politik in der Türkei habe nicht ihre Unterwerfung, sondern die Rettung ihrer Selbstständigkeit zum Inhalt, sei also dort nicht imperialistisch im Sinne Dannebergs gewesen. Wenn Deutschland China wirtschaftlich erschöpfe, würde es nicht eine Kolonie, sondern einen machtvollen unabhängigen Staat schaffen. Solange England allein die Meere beherrscht, können Deutschland und England nicht auf eine Stufe gestellt werden. — **Dr. Viktor Adler** lehnt es ab, sich auf Zentners weltpolitische Ausführungen einzulassen, und hält es wünschenswert, eine ausdrückliche Ablehnung aller imperialistischen Tendenzen in die Resolution aufzunehmen.

**Dr. Reuser** äußert im Schlusswort seine Freude über den geistigen Reichtum, der in der Diskussion zu Tage getreten ist. Naturgemäß sind noch viele Fragen unter uns nicht abgetragen. Wir haben hier nicht Behauptungen zu formulieren, sondern das, worüber wir alle praktisch einig sind, zum Beschluß zu erheben. Deshalb trete ich hier weder in den Streit über den Begriff des Imperialismus noch über den Mittleuropas ein, sondern betone das, was wir für den Tag fordern müssen: eine freie, wirtschaftliche Vertragspolitik im allgemeinen und innigste Verkehrsgemeinschaft nach Nordost und Südwest. Einig sind wir auch darüber, daß diese Annäherung weder die Schützlererei, noch die imperialistischen Tendenzen in der Welt, noch die Kriegsgefahr mehr solle, und das soll in einem Satz des Beschlusses angetragen auch zum Ausdruck kommen. Er ist lange noch nicht der Katalog unserer wirtschaftspolitischen Wünsche, er geht auf die Einzelheiten nicht ein, sondern faßt die obersten Zeitsätze zusammen, die unsere künftige Wirtschaftspolitik bestimmen müssen, sollen die Kriegserfahrungen nutzbar gemacht, die Kriegsschäden geheilt und unsere Volkswirtschaft wiederhergestellt werden.

Folgende Resolution wird einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die schmerzlichen Erfahrungen des Krieges haben die Verkehrtheiten und schweren Schäden unserer bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik bloßgelegt. Der Staat hat

jahrzehntelang seine Arbeit und seine Mittel verschwendet auf die Erhaltung künstlicher und rückständiger Betriebsformen in der Landwirtschaft und im Gewerbe, dagegen die Ausbreitung moderner Betriebsmethoden und höherer Betriebsorganisation vernachlässigt; er hat dadurch unsere landwirtschaftliche Produktion verflümmert und die gewerbliche Entwicklung in engen Betriebsformen festgehalten, dagegen die Förderung der Industrie und des Verkehrs in großem Maße unterlassen und die industrielle Entwicklung zurückgehalten. In der Stunde der Not hat sich gerade die industrielle Arbeit als der wertvollste und leistungsfähigste Teil der Volkswirtschaft erwiesen, während alle anderen Zweige des Wirtschaftslebens hinter dem, was erwartet werden konnte, zurückblieben.

**Zensur II Zeilen.**

Sim und Zweck des Ausgleichs sollte die volle Verkehrs- und Handelsfreiheit zwischen beiden Staaten und damit die Garantie unserer Versorgung sein. Dadurch, daß zwei Regierungen das eine und einheitliche Wirtschaftsgebiet verwalteten, wären im Kriege Vorkehrungen notwendig gewesen, die bewirken, daß alle Einrichtungen der Volksernährung einheitlich getroffen und durchgeführt werden, wenn der Geist des Ausgleichs erfüllt werden sollte. Der Umstand, daß die beiden Regierungen im Kriege getrennte Einrichtungen trafen und das notwendige Einverständnis nur zu spät und nur zum Teil erzielen konnten, schlug für Österreich zum zweifachen Unheil aus: die gewaltige Steigerung aller Lebensmittelpreise bewirkte einerseits eine noch gar nicht abzuschätzende Uebertragung österreichischen Volksvermögens nach Ungarn, andererseits blieb Österreich in vielen Zweigen seiner Ernährung nur halb versorgt oder ganz unversorgt.

Zufolge dieser Erfahrungen des Krieges fordert die Reichskonferenz:

1. Die bewußte und durchgängige Neugestaltung unserer inneren Wirtschaftspolitik im Geiste des modernen Industriestaates, im Geiste der Industrie- und Sozialpolitik.

Beide sind untrennlich. Der Schutz der Arbeit ist allgemeines Staatsinteresse; aber schon die Steigerung der Produktion hat zur ersten Voraussetzung eine kräftige, gesunde, wohlgenährte Arbeiterschaft. Der jahrzehntelange Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung ist endlich zu brechen, die Arbeiterkühlgesehgebung tatkräftig auszubauen, Mutter- und Säuglingschutz in wirksamer Weise anzunehmen und die Volksernährung zur dauernden Aufgabe der Staatsverwaltung zu machen.

2. In unserem Verhältnis zu Ungarn die Aufrechterhaltung und Wahrhaftmachung der Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebiets als des durchaus gleichen und gemeinsamen Interesses beider Staaten und ihre Ausgestaltung in dem Sinne, daß unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Parität die Wirtschaftsverwaltung nicht getrennt nach Gesichtspunkten der Rivalität, sondern nach gleichen Grundsätzen und insbesondere in Ernährungsfragen einheitlich erfolgt.

3. Die völlige Abkehr von der bisherigen Schutzpolitik. Weit entfernt die Produktivkräfte beider Staaten zu entfesseln, hat diese Politik durch die Erhöhung der Lebenskosten der Massen und durch die Verteuerung der Rohstoffe die Produktionskosten gesteigert und so den Inlandsmarkt verflümmert und den Auslandsabsatz untergraben. Auf der Bahn des Hochschutzes gibt es aus diesem verderblichen Zirkel keinen Ausweg. Wenn schon ein sofortiger Uebergang zur Berufung der Handelsfreiheit nicht zu erwarten ist, so müssen zumindestens die Korn- und Eisenzölle fallen, alle sonstigen Lebensmittel- und Rohstoffzölle herabgesetzt werden. Die Handelsbeziehungen zum gesamten Ausland sind nach dem Kriege durch eine freie, heitliche Vertragspolitik wieder aufzunehmen und sorgsam zu pflegen.

4. Insbesondere aber sind die Beziehungen zu denjenigen Wirtschaftsgebieten, mit denen wir geographisch und geschichtlich, durch Handel und Verkehr seit jeher am engsten verbunden sind, deren wechselseitiger erfolgreicher Austausch mit uns unsere handelspolitische Zukunft entscheidet, zum Deutschen Reich und zum Balkan, nach dem Kriege von allen Fesseln einer überberateten zollpolitischen Abschließung zu befreien, durch den Ausbau eines mitteleuropäischen Eisenbahn- und Kanalsystems sowie durch die schrittweise Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung zu vertiefen und dauernd freundschaftlich zu gestalten. Gegen ein schützlerisches Mittleuropa müßten wir uns umso mehr zur Wehr setzen, als dadurch die imperialistischen Tendenzen in der Welt und damit die Kriegsgefahren vermehrt würden.

Zur Verhandlung kommt am zweiten Tage der vierte Punkt der Tagesordnung:

**Oesterreich nach dem Kriege.**

**Dr. Adler** gibt in einem umfassenden zweistündigen Referat einen Ueberblick der Gesichtspunkte, die für den Parteivorstand bei der Unterbreitung seiner Resolution über die österreichische Politik maßgebend gewesen sind. Er wendet sich in erster Linie jener Seite des künftigen Österreich zu, der uns am nächsten steht, der wir selbst sind: unserer Partei. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß sich die Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokratie in Österreich in so großem Kreise zusammenfinden und daß sie sich trotz des Entsetzlichen, das an uns vorbeigeht und das wir noch heute erleben, zusammenfinden nicht als Verzweifelte, sondern als Entschlossene und Arbeiterwollende. Weniger erfreulich sind die Zustände in den Arbeiterparteien der anderen Nationen Österreichs, die ihre Vertretung in der ehemaligen Gesamtpartei fanden. Er legt ausführlich die Schwierigkeiten der Parteien der einzelnen Nationen auseinander und behandelt insbesondere die neue Wendung, die das Verhältnis zu den Polen durch deren Eintritt in den Polenklub erhalten. Es ist kein Zweifel, daß die polnischen Sozialdemokraten in einer ganz besonders schwierigen Lage sind und daß die Erklärung, die Daszynski in ihrem Namen abgegeben hat und die sagt, daß sie das Banner der polnischen Sozialdemokratie auch fernerhin hochhalten werden und daß es sich überhaupt nicht um eine politische Verschmelzung handle, in gutem Glauben abgegeben wurde. Trotzdem halte er diesen Schritt für einen politischen Fehler, er wünscht aber nicht, daß von der Konferenz darüber ein Urteil in einem besonderen Beschluß abgegeben werde. Aber er glaubt feststellen zu müssen, daß sich die Polen durch ihren Eintritt in den Polenklub selbst aus jedem organisatorischen Zusammenhang mit der österreichischen Sozialdemokratie ausgeschlossen haben. Das ist die einfache Konsequenz der Tatsache. Die Sache steht heute so, daß, wenn wir nicht schon früher wollen, die deutsche Sozialdemokratie in Österreich tatsächlich der einzige große, einheitlich organisierte Körper ist, der im Namen des österreichischen Proletariats sprechen kann. Er muß mit um so stärkerer Betonung sprechen, als er auch der größten Teil der Verantwortung für die Zukunft und das Schicksal der übrigen trägt. Für die Behandlung des zukünftigen Österreich fehlen uns eine ganze Menge von Bedingungen. Wir wissen noch nicht, inwieweit und in welcher Weise die bisherigen Resultate des Krieges in staatsrechtliche Wirklichkeiten umgesetzt werden, wir kennen vorläufig gar nicht den Rahmen des künftigen Österreich. Umso mehr können wir uns aber bereits heute mit der inneren Politik Österreichs auseinandersetzen, denn diese wird eine entscheidende Verfassungsreform erfordern, was immer auch sonst geschehen möge. Die Sozialdemokraten haben keine neuen Vorschläge zu machen; sie haben nur ihre alten Grundsätze anzuwenden. Man spricht heute so viel vom Umlernen, im guten und im schlechten Sinne; die einen nennen es Parteiverrat, die anderen halten es für eine Befruchtung und Durchdringung mit neuen Erkenntnissen. Wenn aber in diesem Kriege jemand umzulernen hat, so sind es die Sozialdemokraten am wenigsten. Der Krieg hat die Richtigkeit ihrer Grundsätze bestätigt; es ist eingetreten, wonor sie gewarnt haben. Wenn man meint, daß der heutige Kapitalismus eine unerwartete Stärke bewiesen habe und daß sich die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft bewähren werde, so ist darauf vor allem zu sagen: Umlernen müssen wir nicht, deren Organisation sich im ganzen und im einzelnen als ein Notanker bewährt hat, ohne den sich das Uland im Hinterland verdoppelt und verdreifacht hätte. Umlernen haben die anderen. Unsere Anschauungen sind Punkt für Punkt, leider möchte ich sagen: in stärkerem Maße bestätigt worden, als wir das je erwartet haben. Geirrt haben wir nur in einem, allerdings sehr wichtigen Punkte: daß wir gemeint hatten, die heutige Ordnung sei schon zu schwach geworden, um einen Weltkrieg überhaupt zu ertragen.

**Zensur 8 Zeilen.**

Der Referent gibt eine ausführliche Kritik der Zustände, die aus der vollständigen Aufhebung der Verfassung, dem Balken der Zensur entspringen.

Wir wollen

auch die Neubegründung des Parlaments auf das Proportionalwahlrecht, wodurch es erst wirklich lebensfähig werden wird. Die Sozialdemokraten waren sich immer klar, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht nur der Anfang der Verfassungsreform sein könne. Vielleicht noch wichtiger als die Parlamentsreform ist die Umwandlung Österreichs in einen Staat, in dem die Nationalitäten friedlich nebeneinander wohnen können. Wir fordern daher nicht nur die nationale Abgrenzung, sondern auch die Schaffung des Rechtsbodens für jede Nation, die nationale Autonomie. Der Redner erörtert eingehend das Problem der Kreisverfassung. Heute ist die Vorbedingung eines jeden weiteren Schrittes die Zusammenfassung in Kreisen. Erst wenn diese Organe geschaffen sind, werden die veralteten unbrauchbaren Organe absterben und wegfallen. Aber die Aufstellung der Kreise als Verwaltungskörper ist nicht alles; es muß auch jeder Nation eine nationale Gesamtvertretung gewährleistet werden und da haben wir den Gedanken aufgegriffen, daß die Abgeordneten, die in den auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes national abgegrenzten Kreisen gewählt sind, einen Nationalrat ihrer Nation bilden können. Es wäre dadurch die Nation als Rechtssubjekt konstituiert. Diese zwei Hauptforderungen, deren Erfüllung allein schon Österreich ein ganz anderes Gesicht geben würde, haben wir an die Spitze des aktuellen Gegenwartsprogramms gestellt, an das sich nun